

## Bedenkliche Veröffentlichungen aus dem Blätterwald

### Keine Experimente mit der Gewerbesteuer

„Viele Kommunen im Rhein-Main-Gebiet fürchten um eine wichtige Einnahmequelle“

Seit acht Jahren ist Oberbürgermeister Helmut Müller in Wiesbaden auch Kämmerer. In dieser Zeit, sagt er, habe der Bundesfinanzminister dreimal eine grundlegende Neuordnung der kommunalen Finanzen angekündigt. Herausgekommen seien bisher aber immer nur Änderungen im Detail.

Mit Skepsis betrachtet Müller darum auch den jüngsten Vorstoß aus Berlin – auch wenn in diesem Fall sein CDU-Parteifreund Wolfgang Schäuble die Reform der Gemeindefinanzen und der Gewerbesteuer ausdrücklich zum „Thema Nummer eins“ seines Hauses erhoben hat.

#### ► Im Rhein-Main-Gebiet sprudelt die Gewerbesteuer sonst kräftig

Ein „Prüfmodell“, das sich an den Vorstellungen der FDP orientiert, sieht vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den Kommunen im Gegenzug eigene Aufschläge auf Körperschaft- und Einkommensteuer zu erlauben. Außerdem sollen sie einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer bekommen.

Weil die Gewerbesteuer aber im Rhein-Main-Gebiet jedenfalls zu normalen Zeiten kräftiger sprudelt als in den meisten anderen Regionen Deutschlands, ist hier auch die Ablehnung der Berliner Pläne besonders ausgeprägt. Müller, der seit kurzem dem Präsidium der hessischen CDU angehört, hält seinem Parteikollegen in Berlin denn auch einen alten Slogan der CDU entgegen: „Keine Experimente“.

#### ► Schon das Prinzip behagt nicht

Der Wiesbadener Rathauschef ist sich nach eigenem Bekunden weit über die Region hinaus mit der großen Mehrheit der Bürgermeister und Kämmerer einig. Sie wüssten um die gewaltigen Aufgaben, vor denen sie stünden. Und sie hätten schon jetzt Angst, sie nicht finanzieren zu können. Da werde man einem unkalkulierbaren Systemwechsel nur auf der Grundlage eines Rechenmodells nicht zustimmen. „Die Welt läuft nämlich immer etwas anders.“

Doch dem promovierten Volkswirt behagt schon das Prinzip nicht. Im vergangenen Jahr habe Wiesbaden rund 200 Millionen Euro an Gewerbesteuern eingenommen. Wenn die Stadt eine solche Summe an anderen Stellen hereinholen wolle, müsste sie beispielsweise auf die Einkommensteuer so hohe Zuschläge erheben, dass viele gut verdienende Einwohner wegziehen würden.

### ► **Große Städte würden zu den Verlierern gehören**

Im Übrigen stelle die Gewerbesteuer eine sinnvolle Verbindung zwischen der Kommune und dem lokalen Wirtschaftsleben dar. Sie sei die Belohnung dafür, dass Städte manchmal auch Ärger auf sich nähmen, um Betrieben gute Standortbedingungen zu bieten.

„Es zweifelt niemand daran, dass Städte wie Frankfurt, Düsseldorf, Köln und München zu den großen Verlierern einer Abschaffung der Gewerbesteuer zählen würden.“ So sieht es Peter Heine im Büro der Frankfurter Oberbürgermeisterin. Petra Roth (CDU) ist als Präsidentin des Deutschen Städtetages auf höchster Ebene an der aktuellen Debatte beteiligt.

### ► **Wettbewerb untereinander erhalten**

Ihr Büroleiter weist darauf hin, dass die Städte mit ihren Zuschlägen auf Körperschaft- und Einkommensteuer den Ausfall der Gewerbesteuer nur zu einem Teil ersetzen könnten. Sie blieben außerdem auf eine Beteiligung an der Umsatzsteuer angewiesen. Doch deren Umfang sei ungewiss, und sie hätten keinen Einfluss darauf. Bisher seien nicht einmal die Kriterien bekannt, nach denen das Geld verteilt werden solle.

So würden die Städte am Ende von Zuweisungen abhängig gemacht, die ihnen kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten ließen. Da zögen sie das bisherige Recht vor. Es lasse ihnen die Möglichkeit, sich mit der Festlegung ihres Hebesatzes in einem Wettbewerb untereinander zu behaupten.

### ► **Gute Gründe der FDP**

Auch Roths Büroleiter sieht in den Städten und Gemeinden „ein breit angelegtes Interesse, die Gewerbesteuer zu erhalten“. Dass die Landkreise sich mit einer Abschaffung der Gewerbesteuer unter Umständen anfreunden können, liegt daran, dass sie an deren Festsetzung nicht beteiligt sind.

Der Wetzlarer Oberbürgermeister Wolfram Dette (FDP) will die Gewerbesteuer ebenfalls retten – obwohl seine Partei deren Abschaffung propagiert. Allerdings kann er die Gründe für diese Position nachvollziehen. So weisen die Liberalen darauf hin, dass die Gewerbesteuer-einnahmen je nach konjunktureller Lage sehr schwankten und den Kämmerern die Planung erschwerten. Außerdem könne es nicht richtig sein, dass heute nur noch ein Viertel der Betriebe diese Steuer zahle, die anderen drei Viertel aber nicht.

► **Änderung des Grundgesetzes nötig**

Trotzdem will Dette in dem Vorschlag nicht mehr als eine „Diskussionsgrundlage“ sehen. Auch er bezweifelt, dass der Wegfall der Gewerbesteuer kurzfristig ohne weiteres ausgeglichen werden könne. Das sei aber eine entscheidende Bedingung.

Vorstellen kann der FDP-Politiker sich unter Umständen einen „Einstieg“ in eine Reform. Die Kommunen müssten auf einen kleinen Teil der Gewerbesteuer verzichten und bekämen dafür an anderer Stelle einen entsprechenden Ausgleich.

Die Chancen, dass Schäuble sich in der zweiten Jahreshälfte mit den Kommunen auf eine neue Finanzierungsbasis einigt, stehen also nicht gut. Dette weist überdies darauf hin, dass eine Abschaffung der Gewerbesteuer eine Änderung des Grundgesetzes nötig mache. Hinzu kommt, dass der Bundesrat der Reform zustimmen müsste. Dort aber hat die Berliner Regierungskoalition ihre Mehrheit gerade eingebüßt. „Außerordentlich schwierig“ findet Dette diese Konstellation. Sein Wiesbadener Kollege Müller wählt eine schärfere Formulierung: „Ich glaube nicht, dass es zu einem Gesetzesvorschlag kommt.“

**Fundstelle:** FAZ-NET vom 10. Juli 2010